

**Ersteilung in Leipzig**  
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
**Abonnementpreis**  
 für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro  
 Quartal.  
**Wochen-Abonnement**  
 werden bei allen deutschen Postämtern  
 auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
 3. Monat besonders angenommen; im  
 Königl. Sachsen und Preussl. Sächsisch-  
 Weimburg auch auf den 1ten Monat  
 des Quartals à 54 Pf.  
**Inserate**  
 betr. Bekanntmachungen pr. Zeile 10 Pf.,  
 betr. Privatangelegenheiten und Feile pro  
 Zeile 20 Pf.

# Vorwärts

**Bestellungen**  
 nehmen an alle Postämter und Buch-  
 handlungen des In- u. Auslandes.  
**Illust.-Expeditionen.**  
 New-York: Esp. -bureau. Genossen-  
 schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.  
 Philadelphia: P. G. S., 620 North  
 3rd Street.  
 J. Bell, 1129 Charlotte Str.  
 Chicago: A. Sanfermann, 296 Divi-  
 sion Street.  
 San Francisco: P. G. S., 419 O'Far-  
 rell Street.  
 London: Bauhin, 5 Nassau Street,  
 Middlesex Hospital.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 6. Freitag, 13. Oktober. 1876.

Den Parteigenossen und Lesern machen wir die freudige Mittheilung, daß das Abonnement des „Vorwärts“ sich wieder um 1000 gesteigert hat, so daß die Auflage jetzt nahezu 11,500 beträgt.  
 Leipzig, 10. Oktober 1876.  
 Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

### Die Schande Europas.

Unter diesem Titel hat die politische Wetterfahne, Emile von Girardin in Paris, soeben eine Broschüre veröffentlicht, in welcher die Girardin'sche Ansicht über die orientalische Frage ausgesprochen und die Girardin'sche Lösung empfohlen wird. „Die Schande Europas“ ist, daß die Türken in Europa sind; die „Schande“ kann nur dadurch getilgt werden, daß man die Türken aus Europa jagt — und Rußland freie Hand läßt. Daß die Türken der angegriffene Theil sind, daß alle Vorwürfe, die man ihnen macht, mit demselben, ja theilweise mit größerem Recht gegen diejenigen Mächte gerichtet werden können, welche die Vorwürfe machen; daß der Besitztitel aller Völker genau denselben Werth hat wie der türkische; daß den Türken die Culturfähigkeit absprechen ein Unsin ist, und daß ihr Culturstand, wenn auch unter dem der entwickeltesten Culturvölker stehend, doch dem der Russen und der von diesen protegirten Stämme des türkischen Reichs vollkommen gleich ist — das genirt einen Girardin nicht, und genirt auch den gedankenlosen Hausen nicht, der blind auf die Türken schimpft, weil sie Türken sind.

„Die Schande Europas“, das sind nicht die Türken. „Die Schande Europas“ ist, daß es kein Europa mehr giebt, wie ein ausländischer Diplomat sich neulich ausgedrückt haben soll. „Il n'y a plus d'Europe — es giebt kein Europa mehr.“ Früher gab es in Europa Staaten und ein Staatensystem. Jetzt giebt es nur einen Staat, nur eine Macht — Rußland.

Ob wahr oder erfunden, das Wort ist richtig: es giebt kein Europa mehr, es giebt nur noch ein Rußland — eine halb-barbarische Macht, die sich gerade so viel Civilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Civilisation verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen, ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeugten Dienst mildernd an die Seite stellen kann, dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf es wagen, sich als Vertreter der Menschheit und der Menschlichkeit aufzuspielen, und, die Hände noch rauchend von dem Blute des gemordeten Polen, Krotodilstränen zu vergießen über die „Türkengruel“, die zum größten Theil erfolgen sind, für russisches Geld erlogen, und, soweit sie nicht erlogen, durch die infame russische Politik hervorgerufen sind; und dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere führen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblähen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwicklungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporstehen kann.

Das ist „die Schande Europas“! Oder hat etwa Rußland so gewaltige Machtmittel zu seiner Verfügung, daß das ganze übrige Europa ihm gegenüber machtlos ist und demüthig die Knie des Czars lassen muß? Mit nichts. Die deutsche Armee ist der russischen zum mindesten gewachsen. Das Rämliche gilt von der französischen Armee. Von den Türken pflegte Urquhart, der beste Kenner der Türken und Russen, gelegentlich des Krimkriegs zu sagen: „Man lasse die Russen und Türken ihren Streit unter sich ausfechten; wenn die Diplomatie den Türken nicht in die Arme fällt, werden sie mit den Russen fertig.“ Thatsache ist, daß die Russen bis jetzt fast keine militärischen, fast bloß diplomatischen Erfolge der Türkei gegenüber errungen, und daß sie diese diplomatischen Erfolge weniger der eigenen als der fremden Diplomatie zu verdanken haben. Was ferner Oesterreich betrifft, so hat es genügende Hülfsmittel, um Rußland in einem Vertheidigungskrieg siegreich die Spitze bieten zu können; und daß England an Rußland nicht nachsieht, weiß, mit Ausnahme des „Professors“ Treitschke, ein jedes Kind.

Gäbe es ein Europa, d. h. hätten die europäischen Culturstaaten eine gemeinsame Politik, könnte nur einer der großen Culturstaaten sein Votum, ohne Gefahr seitens der Nachbarn, nachdrücklich zu Gunsten des Friedens in der Wagtschale legen und Rußland ein energisches Halt! zurufen, so wären die Kriegswolken längst zerstreut — ja, sie hätten sich gar nicht gesammelt.

Das Halt! ist nicht zugerufen worden, und es konnte nicht zugerufen werden. Warum nicht? Feldmarschall Moltke triumphirte vor vier Jahren im Reichstag: „Ohne Erlaubniß des deutschen Reichs kann kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden.“ Diese Uebersetzung einer französischen Kraftprobe in preussisches Deutsch hat sich leider als bloße Kraftprobe erwiesen. Um die Erlaubniß, in Serbien und Montenegro loszuschlagen, ist das deutsche Reich nicht gefragt worden, und hätte es sich zu einem Veto! versteigen, so wäre homerisches Gelächter an der Renna die Antwort gewesen. Und warum? Wenn Graf Moltke es heute nicht weiß, kann er sich's von Fürst Bismarck sagen lassen. Vielleicht ist ihm ein Veto aufgegeben, als vor mehreren Wochen ein halbamtliches russisches Blatt der deutschen Reichs-

regierung die freche Drohung an den Kopf warf: „Man veresse nicht, daß das deutsche Kaiserreich 1871 nur mit unserer moralischen Hilfe errichtet werden konnte; das deutsche Reich braucht uns, wir aber brauchen das deutsche Reich nicht. Zeigt Deutschland sich undankbar, wohlun, so haben wir einen anderen Bundesgenossen.“

Wer der „andere Bundesgenosse“ ist? Vergangenes Jahr — der „Krieg in Sicht“ — Schrecken ist in frischem Gedächtniß — hatte man in Berlin die Absicht, diesen „anderen Bundesgenossen“, ehe er sich von den erlittenen Niederlagen erholt, wieder ganz zu Kräften gelangt, durch einen vom Jaun gebrochenen Krieg zu zermalmen; aber Rußland trat in's Mittel, es wollte den „anderen Bundesgenossen“ auf Lager behalten: der Krieg mußte abkommandirt werden.

Der „andere Bundesgenosse“ ist Frankreich. Und wie ist es gekommen, daß Frankreich, welches in den fünfziger Jahren (1853 — 1856; der Krimkrieg dauerte von 1854 — 1856) Hand in Hand mit England den russischen Eroberungsgelüsten einen kräftigen Riegel vorsetzte, anderthalb Millionen und 150,000 Soldaten opferte, um Europa von dem großen Ruhestörer, genannt Rußland, zu befreien, jetzt „der andere Bundesgenosse“ dieses nämlich Rußland ist, bereit, auf einen bloßen Wink von St. Petersburg das Welt Rußlands zu thun?

Antwort: durch den Krieg von 1870 — 71; genauer ausgedrückt: durch die Annexion von Elsaß-Lothringen.

Der Krieg, an dessen Schwelle wir uns befinden, ist der vierte, seit Fürst Bismarck mit seiner „Blut- und Eisenpolitik“ regiert. Diese vier Kriege sehen im innigsten Zusammenhang, einer ist aus dem anderen hervorgegangen, sie bilden eigentlich nur einen Krieg. Der Krieg von 1866, welcher Deutschland zerriß und drei Viertel Deutschlands unter die preussische Fiedelhaube brachte, war die Folge des Dänenkriegs von 1864; die Saat des deutsch-französischen Kriegs von 1870 und 71 wurde 1866 in dem preussisch-österreichischen Krieg ausgestreut; und die gegenwärtige Weltlage ist die notwendige Consequenz des Kriegs von 1870/71.

Nach der Schlacht von Sedan protestirte die deutsche Sozialdemokratie gegen die Fortsetzung des Kriegs und gegen die von oben her organisirte „Volkshewegung“ zum Zweck der Annexion von Elsaß-Lothringen. Der Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation erließ damals ein Manifest, in welchem es u. A. heißt:

„Wie im Jahre 1865 Versprechungen ausgetauscht wurden zwischen Louis Bonaparte und Bismarck, so im Jahre 1870 zwischen Bismarck und Gortschakoff. Wie Louis Bonaparte sich schmeichelte, der Krieg von 1866 werde ihn durch wechselseitige Schwächung Oesterreichs und Preussens zum Schiedsrichter Deutschlands machen, so schmeichelte sich Alexander, der Krieg von 1870 werde ihn durch gemeinsame Erschöpfung Deutschlands und Frankreichs zum Schiedsrichter des westlichen Continents machen. Wie das zweite Empire den deutschen Nordbund unverträglich mit seiner eigenen Existenz glaubte, so muß sich das autokratische Rußland durch ein deutsches Reich unter preussischer Leitung gefährdet halten. Dies ist das Geheiß des alten politischen Systems. Innerhalb desselben ist der Gewinn eines Staats der Verlust des andern. Der überwiegende Einfluß des Czaren auf Europa wurzelt in seinem traditionellen Halt an Deutschland. Kann er in einem Augenblick, wo in Rußland selbst vulkanische soziale Kräfte die Grundlage der Autokratie unterwühlen, einen solchen Verlust seines auswärtigen „Prellige“ ertragen? Bereits wiederholten moskowitzische Blätter genau die Sprache der bonapartistischen Blätter nach dem Krieg von 1866. Glauben die tentonischen Patrioten ernsthaft, die Unabhängigkeit und den Frieden Deutschlands dadurch zu „garantiren“, daß sie Frankreich in Rußlands Arme werfen? Wenn das Gläd der deutschen Waffen, die Arroganz des Erfolgs und dynastische Intrigen zu einer Territorialberaubung Frankreichs verleiten, stehen Deutschland nur noch zwei Wege offen. Es muß auf alle Gefahren hin sich zum erklärten Werkzeug russischer Vergrößerung machen oder nach kurzer Frist zu einem neuen Vertheidigungskrieg bereit sein, nicht einem jeuer neumodischen „totalisirten“ Kriege, sondern einem Maccarekrieg, einem Krieg gegen die verbündeten Slaven und Romanen. Das ist die Friedensperspektive, welche die hirnkranken Patrioten der Mittelklasse Deutschland „garantiren“!“

In demselben Sinne sprachen sich die sozialistischen Abgeordneten im deutschen Reichstag aus, und schon am 3. Dezember 1871 machte Liebknecht darauf aufmerksam, daß der russische Kaiser „den brudermörderischen Krieg Deutschlands und Frankreichs zur Entzündung der orientalischen Frage benutzte.“

Die Sache war: Kaum hatte Rußland bemerkt, daß das Bismarck'sche Deutschland zur Annexion, oder deutsch: zur Eroberung von Elsaß-Lothringen entschlossen war, so notifizirte es den europäischen Mächten, daß eine Revision des Pariser Vertrags, dieser bitteren Frucht des Krimkriegs an der Zeit sein dürfte.

Sobald die Annexion nach furchtbarem Blutvergießen bis auf Weiteres vollendete Thatsache geworden, notifizirte das Petersburger Kabinett den Mächten (auch dem neugeborenen deutschen Kaiserreich), daß sich Rußland durch den Pariser Vertrag nicht mehr gebunden halte.

Was die sozialdemokratischen Abgeordneten unter dem Gebrüll und Gelächter der „Nationalmännchen“ Reichstagsmajorität voransagte, hatte sich erfüllt: Rußland war der Schiedsrichter Europas; das preussisch-deutsche Reich, eingeleitet zwischen die russisch-französischen Allianz, der Schleppträger und Basall Rußlands.

Und die russischen Staatsmänner sind nicht die Leute, die

ein Opfer so leichten Kaufs wieder loslassen. Schwer hat in den letzten 5 Jahren die Faust Rußlands auf Deutschland gelegen — man denke nur an die standhafte Behandlung deutscher Reisender an der russischen Grenze —, und Schritt für Schritt ist Rußland seinem Ziel: Constantinopel näher gerückt. Die „Volkserhebung“ in der Herzegowina und Bosnien war Rußlands Werk; die Kriegserklärung der Herzogtümer von Montenegro und Serbien; die Hinausschleppung des Kriegs theils durch dem Völkerrecht Hohn sprechende Unterstützung der Serben, theils durch diplomatische Lahmlegung der Türken; die Auffindung neuer Streitpunkte, wenn ein alter beseitigt — das Alles ist das Werk Rußlands.

Hätte Rußland allein gestanden, es hätte dies schmachvolle Spiel nicht spielen können. Aber es verfügt über die deutsche Allianz, und das ist es, was diese unheilvolle Situation herbeigeführt hat. Ob Fürst Bismarck gut oder widerwillig die politische Fassade Rußlands wandelt, ist in Betreff der Wirkungen vollkommen gleichgültig. Gennug: „Der Wien muß.“ Parirt er nicht Ordre, so droht das Schredgespenst der russisch-französischen Allianz. Nicht Schredgespenst, sondern blutig-eiserne Realität.

Das sogenannte „Dreikaiserbündniß“ verhält sich bloß auf kurze Zeit die häßliche Wahrheit. Im flagrantesten Widerspruch mit der Logik der Thatsachen blieb das „Dreikaiserbündniß“ ein frommer Wunsch, um uns nicht eines härteren Ausdrucks zu bedienen. Kommt es zum Krieg, so werden die drei „verbündeten“ Kaiser nicht auf der nämlichen Seite kämpfen.

Das preussisch-deutsche Reich aber wird für Rußland kämpfen. Es hat keine andere Wahl. Oder will es sich aus den tödtlichen Krallen des „Erbfeindes“ befreien? Kein Zweifel, Fürst Bismarck hat schon oft daran gedacht, obgleich die russische Diplomatie, durch Bonaparte's Schicksal gewirgt, sich die bindendsten schriftlichen Garantien verschafft haben wird. Inubel „Ständchen Papier“ lassen sich zerreißen, und die Politik kennt keine Eiteligkeiten. Doch tausendmal bindender als die bindendsten schriftlichen Garantien, sind die materiellen Garantien, die Rußland in den Händen hat. Die reorganisirte französische Armee, welche die 1870 von den Deutschen geschlagene Armee Bonaparte's an kriegerische Thätigkeit ebenso übertrifft wie an Zahl, kann jeden Moment gegen uns gekehrt werden. Sämmtliche Staatsmänner Frankreichs: der gewesene Präsident Thiers, der gegenwärtige Präsident Mac Mahon, der zukünftige Präsident Gambetta sind glühende Anhänger der russischen Allianz zur Befriedigung der Revanchegeleüste. Gegen die russische Allianz sind in Frankreich überhaupt bloß die extremsten Radikalen und die Sozialisten: beide sehr ohnmächtig.

Und wo hätte Preussisch-Deutschland einen Bundesgenossen gegen die russisch-französischen Allianz? Es bleiben bloß zwei Großmächte: England, das in einem Landriege relativ wenig Unterstützung zu leisten vermag, und Oesterreich, das allerdings die erforderlichen Machtmittel besitzt, aber durch die Gründer des „preussisch-deutschen Reichs“ aus Deutschland hinausgeworfen worden ist. Kann Fürst Bismarck Hilfe von der Macht erwarten, der er 1866 so schwere Wunden und Demüthigungen beigebracht und den „Stoß in's Herz“ beizubringen versucht hat?

Man sagt: Lügen haben kurze Beine. Mit größerem Recht kann man sagen: Erfolge der Gewaltspolitik haben kurze Beine.

Die „glänzenden“ Erfolge von 1866 und 1870 — 71 sind schon der Remesis verfallen. Und unsere jetzigen Philister, welche den heiligen Sedan feiern, werden bald mit Entsetzen gewahr werden, daß die deutschen Armeen in Frankreich trotz alles Patriotismus nicht für Deutschland ihr Blut verspritzt haben, sondern für Rußland.

Und nun zum Schluß: „Die Schande Europas“ ist zuerst von den Sozialisten erkannt worden. Die Sozialisten haben einen richtigeren staatsmännischen Blick gezeigt, als die „genialen“ und nicht „genialen“ Staatsmänner von Fach. Der Gang der Ereignisse hat den Sozialisten in allen Punkten Recht gegeben. Er wird uns auch fernherin Recht geben, denn wir rechnen nicht, gleich unseren Gegnern, mit eingebildeten Faktoren, nicht mit Wünschen, Regungen, Abneigungen einzelner Personen, — wir rechnen mit wirklichen, meßbaren Faktoren, mit den thatsächlichen Verhältnissen und Interessen.

Das Uebel erkannt zu haben, genügt aber nicht. Die Erkenntniß muß zur Ausrottung des Uebels verwerthet werden. An den Sozialisten Europas und zunächst Deutschlands ist es: auf die Beseitigung von Zuständen hinzuwirken, welche „die Schande Europas“ sind.

### Politische Uebersicht.

— Der „große“ Laster weicht muthig zurück. Wer erinnert sich nicht mehr der Zeit, als der Abgeordnete Laster von den Gründern und Schwimbern verflucht und von den wenigen ehrlichen Leuten der Bourgeoisie und den vielen Heuchlern derselben in den Himmel gehoben wurde? Laster hatte ja seine „Brandreden“ gegen das Gräberthum und besonders gegen einzelne conservative Gründer gehalten. Wir sagten schon damals, daß der kleine Herr gleich seinem „großen“ Stammvater den „Sündenbock“ geschlachtet, dem dann die Gesammthünden auch aller liberalen Gründer aufgehaßt wurden. Laster erkrankte darauf und entschuldigte sich mit dieser Krankheit, daß er nicht gegen die Gründer und Gründergenossen im eigenen Lager vorgehe. Andere übernahmen nunmehr dieses Amt. Daß nun bei hundert gerechtfertigten Anklagen einige nicht gerechtfertigte mit unterliegen, das giebt jetzt dem großen Laster Gelegenheit zu der Erklärung, daß auf die Gründerperiode die Verleumdung

periode gefolgt sei und er dabei nicht mitwirken wolle. Dabei entschläft dem edlen Herrn folgender Satz: „Vor den schlechten Gründungen habe ich gewarnt, als die Gründer angesehen Leute waren.“ — Jetzt also, wo die Gründer — und am allerwenigsten durch Laster's Schuld, sondern durch die Angriffe der sozialdemokratischen und eines Theils der conservativen Presse — entlarvt sind, wo sie ihren Einfluß, sofern sie arm geworden sind, verloren haben, jetzt will Laster nicht mehr vor schlechten Gründungen warnen; jetzt hält er es am Ende für erlaubt, damit die Gestürzten sich wieder emporwindeln können, daß faule Gründungen wieder entstehen und das Volk auf's neue namenlos betrogen wird. — Solche lasterhafte Moral erkennen wir nicht an; wir bekämpfen die faulen Gründungen, auch wenn die Gründer selbst nicht mehr einflussreiche Leute sind. — Der wahre Grund aber der Laster'schen Retirade ist wohl darin zu finden, daß er bei seiner Gesellschaft in Mißcredit gekommen war; diesen Mißcredit nun aufzuheben, gab er oben angeführte Erklärung.

— „Reichsfreundlich“. Verschiedene liberal-conservative Grundbesitzer in Schlesien haben diejenigen ihrer Arbeiter entlassen, welche bei einer kürzlich stattgehabten Nachwahl zum Reichstage für den liberalen Kandidaten stimmten. So berichtet die „Schlesische Volkszeitung“. Hier haben wir es mit einer Beschränkung der Wahlfreiheit zu thun, die unläuterer gar nicht gedacht werden kann. Zunächst ist das Wahlgeheimnis nicht gewahrt worden! Es müssen also „reichsfreundliche“ Personen die Stimmzettel geöffnet und gesehen haben, für wen der betreffende Arbeiter gestimmt hat; woher wissen denn sonst die Gutbesitzer, wie ihre Arbeiter gewählt haben? Dann zeigt es aber auch eine Brutalität und einen Despotismus sonder gleichen, wenn ein Grundbesitzer oder Kapitalist mit seinen paar Groischen täglichen Lohnes, die er dem Arbeiter überläßt, mit der Arbeitskraft noch die politische Ueberzeugung gekauft zu haben vermeint. Und da spricht man von humanen Bestrebungen, wo die nackte Sklaverei wieder eingeführt werden soll! Und da spricht man von Gleichberechtigung, wo der Eine über dem Andern die Hungerpeitsche schwingt und ihn dadurch zum willenlosen Werkzeuge macht! Pfu! über solche Humanität und über solche Gleichberechtigung!

— Der Mangel an Unteroffizieren in Deutschland besonders bei der Kavallerie. Wer den Soldatendienst kennt, wer die Strapazen und die Behandlung erfährt, dem ist die Ursache nicht fremd. Man versucht nun die jungen Leute zu vierjährigem Dienste als Freiwillige heranzuloden, indem man denselben in Aenderer Beziehung Erleichterungen verspricht und ihnen Löhnungszuschuß in Aussicht stellt. Die Erleichterungen bestehen darin, daß junge Leute, welche die beregte Verpflichtung eingehen, in der Landwehr nur drei Jahre dienen, die gesamte Dienstzeit mithin statt zwölf nur zehn Jahre beträgt. Diefelben bleiben für die Zeit, in welcher sie sich im Beurlaubtenstande befinden, gleichviel ob im Reserve- oder Landwehroverhältnisse, von allen Lebhungen befreit, sie erhalten im vierten Jahre ihrer aktiven Dienstzeit die Kapitalantenlöhnung. — Wir wollen im Interesse des Culturstandes des deutschen Volkes hoffen, daß sich nicht viele Jünglinge zum vierjährigen Dienste melden, da der dreijährige den Menschen durch die ewigen Exerzitzen und Reglements schon über alle Gebühr und gegen das Interesse der Culturentwickelung abtumpft.

— Was die Staatsaufsicht über Bourgeois-Unternehmungen nützt, so lange der Staat mit den Kapitalisten gemeinsame Sache macht, erfährt man aus einer Mittheilung, welche durch die Berliner Blätter geht, wonach der als Staatskommissarius für die „Deutsche Lebens-, Pensions- und Renten-Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ in Potsdam aufgestellte Polizeipräsident Engelken in Potsdam genannte Gesellschaft gegen sehr begründete Vorwürfe in Schutz genommen und sich so zum Mitschuldigen der gerügten Fehler gemacht hat. Im Anfange dieses Jahres hatte die „Berliner Börsenzeitung“ in einer Reihe von sachkundig begründeten Artikeln die Bedenken entwickelt, welche der Zustand der jüngeren in Deutschland gegründeten gegenseitigen Lebensversicherungs-Gesellschaften für eine sachmännlich wissenschaftliche Kritik darbietet. In diesen Artikeln hatte das genannte Blatt unter Anderem namentlich zweien von diesen jüngeren gegenseitigen Lebensversicherungs-Gesellschaften besondere thatfächliche Vorwürfe gemacht. Es war dort nachgewiesen worden, daß die Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft und die Norddeutsche Lebensversicherungsbank in Berlin, während dieselben in ihren zur Vertheilung unter dem Publikum

bestimmten Prospekten bestimmt versprochen, daß sie die Prämien-Reserven auf die von ihnen geschlossenen Versicherungen nach einer bestimmten Grundlage berechnen würden, im Widerspruch mit diesem dem Publikum gegebenen Versprechen thatfächlich die Prämien-Reserven weit niedriger zurückgestellt haben, als sie sein müßten, wenn sie nach den Festsetzungen der Prospekte berechnet wären. Es war dort weiter nachgewiesen, daß die Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft für die Anlegung der Gesellschaftsgelder in Kautions-Darlehen an versicherte Beamte angelegt hat, während die Statuten der Gesellschaft eine derartige Gelddanlage nicht gestatten. Diese Kritik, soweit dieselbe gegen die Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft gerichtet war, hat in der letzten Generalversammlung dieser Gesellschaft der Polizeipräsident von Engelden in Potsdam, welcher als Staatskommissarius des preussischen Staates die Aufsicht über diese Gesellschaft führt, zum Gegenstande einer öffentlichen Kundgebung gemacht, welche auch durch die Zeitungen und durch andere Mittel in der größten Ausdehnung veröffentlicht worden ist. Der preussische Staatskommissarius Herr von Engelden erklärte in jener Generalversammlung der Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft, er habe eine genaue Prüfung des Geschäftes der Gesellschaft vorgenommen, könne der Gesellschaft nur ein günstiges Zeugnis ausstellen, und müsse die in der Kritik der „Börsenzeitung“ enthaltenen Angriffe auf die Potsdamer Gesellschaft als unbegründet und geradezu frivol bezeichnen. Gegen diese Kundgebungen des preussischen Staatskommissarius hat nun die „Berliner Börsenzeitung“ bis in die neueste Zeit in einer größeren Zahl von Artikeln nochmals nachgewiesen, daß die Potsdamer Gesellschaft thatfächlich wirklich in ihren Prospekten, selbst in den 1876 gedruckten, noch dem Publikum verspricht, die Prämien-Reserven in bestimmter Höhe zurückzustellen und daß sie thatfächlich die Prämien-Reserven weit niedriger berechnet, als sie dies dem Publikum verspricht; es ist dort weiter nochmals nachgewiesen, daß die Gelddanlage der Potsdamer Gesellschaft in Kautionsdarlehen durch die Statuten der Gesellschaft nicht erlaubt ist, daß also die der Gesellschaft gemachten Vorwürfe in beiden Punkten vollständig begründet sind, wie dies auch ausdrücklich von den Versicherungs-Zeitungen, welche sich mit dem Falle beschäftigt haben, anerkannt und zugegeben worden ist.

Die Schuld der Gesellschaft und des Staatskommissars erscheint somit als zweifellos, wenn auch klar ist, daß die „Börsenzeitung“ nur darum ihre Angriffe gegen die auf Gegenseitigkeit gegründeten Gesellschaften unternimmt, um für die noch viel schlummernden, aber für die großen Kapitalisten vortheilbringenden Aktienunternehmungen zu wirken. Der Klassenstaat der Bourgeoisie kann sich weder selbst und im allgemeinen, noch in seinen einzelnen Organen zu einer unparteiischen, über dem Klasseninteresse stehenden Beaufsichtigung des Wirtschaftsgeschehens erheben. Er thut nur hier und da so und täuscht damit nur die Kurzsichtigen.

— Es darf hier nicht über Politik gesprochen werden — mit diesen Worten löste ein Polizeikommissarius eine in Bill bei Düsseldorf tagende öffentliche, von den Liberalen einberufene Urwählerversammlung auf, als ein Kaplan die Kirchenpolitik des preussischen Staates einer Kritik unterzog. Solche weisheitvolle Begründung einer gegenwärtigen Handlungsweise kann man wohl einem Nachwächter zutrauen, aber nimmer einem geschulten preussischen Polizeikommissar. Wie kommt's aber, daß die Polizeibeamten so viele Schmeißer in der letzten Zeit machen? Weil sie fortwährend in Angst sind, von Vorgesetzten wegen Stummheit eine Klage zu erhalten, wenn sie nicht bei jeder Kleinigkeit einschreiten. Das sind die Folgen vom „schulploien Schachmann“ des Herrn von Bismarck und von dem ewigen Standal, den die Vorgesetzten über Dienstvernachlässigung machen. Den Vorgesetzten mögen übrigens solche Uebergriffe nicht unangenehm sein — uns aber auch nicht, da sich dadurch das heutige Polizeisystem beim Volke immer mehr kompromittirt.

— Kinderarbeit. Vor vier Wochen brachte das „Chemnitzer Tageblatt“ aus Schneeberg (Königr. Sachsen) eine Zuschrift, die sich über eine Ministerialverordnung ausspricht, nach welcher die punktirten Richtungslinien in den Schreibbüchern als dem Auge der Schüler nachtheilig und darum als zur Verwendung nicht geeignet bezeichnet werden. Man ist, so heißt es in jener Zuschrift, mit diesem Vorgehen um so mehr einverstanden, als gerade in den Schulen des Erzgebirges ein erheblicher Projectat der Schüler, namentlich aber der Schülerinnen, an Kurzsichtigkeit, Augenentzündung und anderen Augenkrankheiten leidet. Es darf wohl kaum in Frage gezogen werden, daß diese Erchei-

mungen als eine unmittelbare Folge der Spinnindustrie anzusehen sind. Berücksichtigt man die Thatfache, daß die Kinder beiderlei Geschlechts in allen den Gegenden, wo diese Industrie heimisch ist, schon vom fünften (!) Lebensjahre an vor dem Klappeltische sitzen und bis spät in die Nacht bei vielfach ungenügender Beleuchtung auf die feinerwertigten Muster des Spinngrundes unermüdet blicken müssen, so nimmt es höchstens Wunder, daß man verhältnismäßig so viele gesunde Augen findet.

Ein voller Monat ist verflossen, seit das „Chemnitzer Tageblatt“ die Zuschrift veröffentlichte, und, mit Ausnahme einiger sozialistischer Blätter, hat kein einziges Blatt Notiz davon genommen. Und wir dächten doch, die mitgetheilten Thatfachen verdienten die öffentliche Aufmerksamkeit in weit höherem Grade, als neun Sehtel des gewöhnlichen Zeitungsinhalts. Was sind das für Zustände, die sich in diesen Thatfachen enthüllen! Schon die fünfjährigen Kinder, Kinder die noch nicht für die Schule reif sind, auf das „Schlachtfeld der Industrie“ getrieben und dem Moloche: Kapital vorgeworfen! Es ist entsetzlich. Wird die Regierung einschreiten? Frage eines „sonderbaren Schwärmers“. Die Regierung kennt diese Greuel seit Jahrzehnten und hat bis dato nichts zu deren Abhülfe gethan. Mit der von verschiedenen Seiten geforderten Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf die Hausindustrie wäre beiläufig nicht viel genügt, denn wenn die deutsche Fabrikindustrie nicht einmal im Stande sind, die ungesunde Kinderarbeit in den vergleichsweise leicht zu überwachenden Fabriken und Werksstätten zu verhindern, wie viel weniger werden sie in der vergleichsweise so schwer zu überwachenden Hausindustrie es vermögen? Hier können nur Radikalmittel helfen, zu denen der heutige Klassenstaat weder den Willen noch die Kraft hat. — Erwähnt sei noch, daß das „Chemnitzer Tageblatt“, dem wir obige Mittheilung verdanken, zu den fanatischsten und unfruchtbarsten Gegnern der Sozialisten gehört. Auf der einen Seite heuchlerisches Bejammern der gesellschaftlichen Uebelstände, auf der anderen wüthende Anfeindung und denunziatorische Verleumdung derjenigen, welche diese Uebelstände zu beseitigen suchen. Das ist die „Sittlichkeit“ und die Consequenz des „Liberalismus“.

— Es ist eine Schmach für die Civilisation, daß ein unschuldig Verurtheilter keinerlei Entschädigung für erlittene Strafe erhält, eine größere Schmach noch, als die, welche darin liegt, daß die unschuldigen Unterzuchtungsgefangenen ohne irgend welche Entschädigung bleiben. In Krieg wurde vor circa anderthalb Jahren ein Maurer Namens Storuppa wegen Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt; derselbe ist jetzt plötzlich entlassen worden, weil der wirkliche Dieb ermittelt, und dadurch seine Unschuld erwiesen worden ist. Vier Kinder hat der unschuldig Verurtheilte; wer ersetzt demselben den erlittenen Schaden wenigstens in so weit, als er durch Geldmittel zu ersetzen geht? Diese Frage möge der Reichstag bei Verathung der Strafprozessordnung ernstlich in Erwägung ziehen — es ist besser für ihn, als wenn er Laster'sche oder Richter'sche Reden anhört.

— Selbst die sozialistenfeindliche „Berliner Volkszeitung“ stimmt unserer Meinung über die für die Sozialdemokratie überaus günstige Agitation der Barmen-Elberfelder Polizei vollständig bei. Sie läßt sich nämlich aus dem Wupperthor Folgendes schreiben: „Von der Thätigkeit anderer Parteien hört man wenig oder nichts, mit Ausnahme freilich der sozialdemokratischen, die schon seit sechs Monaten ungeniehm rühmig ist, die aber zugleich seitens der Polizeibehörde lebhaft unterstützt wird. Wenigstens ist man hier allgemein der Ansicht, daß die unaufrichtigen Maßregeln sozialistischer Journalisten die Chancen für die Wiederwahl Hasselmann's nur von Tag zu Tag steigern müssen.“ — Früher jagte die „Volkszeitg.“, daß die deutschen Sozialisten von den preussischen Behörden zur Dienstleistung für die Reaktion mit Geldmitteln unterläßt und belohnt würden, jetzt ist sie doch zu der Erkenntniß gekommen, daß die ganze Unterstützung der Behörden darin besteht, daß dieselben durch ihre überaus ungehinderten Verfolgungen dem Volke die Augen öffnen, nicht allein über das wahre Wesen der Sozialdemokratie, sondern auch über die anderen Parteien, welche von den Behörden geschont, oft genug gehänselt werden.

— Die Berliner Volksfächen sehen auf dem Aussterbe-Etat. Die neunte ist schon fest entschlossen, und die anderen machen keine „Geschäfte“ mehr und zwar wegen der schlechten Zeit. Diese einfache Thatfache genügt, um den Beweis zu führen, daß wir immer Recht hatten, daß die Volksfächen nur

### Auch ein Berrüchter.

(Fortsetzung.)

In Folge dieser Erkenntnisse Hamburgischer Gerichte bezahlte ich die über mich verhängte Strafe von 100 Thalern, wandte mich aber sofort unterm 8. April 1870 abermals an die königliche General-Steuerdirektion in Berlin mit einer Eingabe, da die ungesetzliche Handlungsweise von Collas und Albrecht altemäßig konstatirt und das Eingeständniß derselben gemacht und von denselben sogar beschworen sei, daß ich auf die Unparteilichkeit der königlichen General-Steuerdirektion rechnete und mir somit Genugthuung würde für das mir zugefügte schwere Unrecht. Zugleich widerlegte ich alle die Unwahrheiten, die in den amtlichen Berichten von Albrecht und Collas enthalten waren, wovon ich im Hamburgischen Bericht Einsicht bekommen hatte. Auf diese Eingabe an die königliche General-Steuerdirektion erhielt ich von dem Finanzminister Camphausen unterm 12. Mai 1870 den eigenthümlichen Bescheid: da ich wegen Amtsbeleidigung gerichtlich verurtheilt sei, so läge kein Grund vor, gegen die betreffenden Beamten einzuschreiten! Hiergegen wurde ich sofort vorstellig, daß ich mich dieser Schlußfolgerung nicht anschließen könne, denn wenn ich auch wegen einer angeblichen Beleidigung verurtheilt wäre, so könnte hieraus unmöglich der Schluß gezogen werden, daß dadurch ein Verbrechen von Beamten, welches viel früher als meine Beleidigung begangen ist, straflos würde. Hierauf erhielt ich von Camphausen die lakonische Antwort, es müsse bei dem mir gewordenen Bescheid sein Bewenden behalten. In Folge dessen begab ich mich persönlich nach Berlin, jedoch verweigerte mir der Finanzminister Camphausen eine Audienz, weshalb ich mich an den General-Steuerdirektor und Geheimen Ober-Finanzrath Hasselbach wandte, der mir erklärte, daß der von Camphausen angeführte Grund „Unförm“ sei, denn Mißbrauch der Amtsgewalt und Amtsbeleidigung seien zwei ganz verschiedene Sachen; die Beamten dürften nicht wie geistliche handeln und müsse mir Gerechtigkeit zu Theil werden; einen Anspruch auf Schadenersatz hätte ich; ich möchte aber nochmals eine Eingabe machen und solle die Sache untersucht werden. — Demzufolge machte ich noch an demselben Tage, den 13. Juni 1870, eine abermalige Eingabe an den Finanzminister Camphausen, worauf ich unterm 27. Juni 1870 von demselben die Antwort bekam, daß kein Anlaß vor-

läge, gegen die von mir beschuldigten Beamten einzuschreiten, wogegen ich in einer Eingabe vom 30. Juni 1870 abermals vorstellig wurde, worauf ich unterm 7. Juli 1870 die Antwort bekam, daß es bei dem mir wiederholt erteilten Bescheide sein Bewenden behalten müsse; außerdem heißt es in dieser Antwort, sofern in dieser Angelegenheit von mir fernerweit Vorstellungen eingehen sollten, welche nur bereits früher Vorgetragenes enthalten, werden dieselben ohne Erwiderung gelassen werden.

Da ich glaubte, daß es sich nicht mit der Würde eines preussischen Ministers verträgt, seine Bescheide auf Unförm zu basiren, und daß derselbe nicht berechtigt sei, die Gesetze zu suspendiren zu Gunsten von Beamten, sowie auf begründete Beschwerden abschlägige, mit den Gesetzen nicht zu vereinbarende Bescheide zu erteilen, wandte ich mich hierauf direkt an Seine Majestät mit einer Beschwerde über das mir widerfahrne Unrecht und das gegen mich beobachtete Verfahren, worauf ich von dem Finanzminister Camphausen als Beklagtem einen abermaligen abschlägigen Bescheid bekam ohne Angabe irgend eines Grundes.

Wiederholte Immediatgesuche blieben fruchtlos und führten nur zu einer neuen Anklage wegen Amtsbeleidigung.

In der Anklage heißt es: „Auf einen Antrag der Zollabfertigungsstelle auf dem Lübecker Bahnhofe vom 26. Juni 1869 veranlaßte sodann das zollvereinsländische Hauptzollamt zu Hamburg den Speditur Hermes, dem Commis Vieh vom 28. Juni 1869 ab die Geschäfte auf dem Lübecker Bahnhofe zu entziehen und ihm andere Geschäfte zu übertragen. Hermes setzte dabei den Gehalt des Vieh von 2000 auf 1200 Mark herab.“

Als beleidigend wurden folgende Stellen in seinen Eingaben bezeichnet:

- A. Aus der Eingabe vom 8. Oktober 1872:
  1. „Mir ist auf die frevelhafteste Weise von preussischen Beamten eine lebenslänglich gesicherte Existenz zertrümmert.“ Die Motive zu diesem Mißbrauch der Amtsgewalt von Seiten der betreffenden Beamten sind nach eigenem Eingeständniß Schwindel und Betrug den eigenen vorgelegten Behörden gegenüber.“
  2. „Der Ober-Controleur Albrecht legte nur aus Rache, wie er selbst mir naiver Weise eingestand, das Geschäft brach, wobei

er aus eigener Machtvollkommenheit die entgegenstehenden Befehle aufhob, um so meine Entfernung zu erzwingen.“

3. Die Ansicht des Ober-Controleurs Albrecht, daß ein preussischer Beamter ungestraft die Befehle ausheben kann, selbst zum Zwecke des Schwindels und des Betrugs gegen die eigenen vorgelegten Behörden, scheint sich durch das gegen mich bislang stattgefundene Verfahren leider zu bewahrheiten und wäre demnach dem Ober-Controleur Albrecht trotz seiner sonstigen vielen Unkenntnisse die Kenntniß der thatfächlich bestehenden Verhältnisse nicht abzusprechen.“

4. „Der pp. Hermes . . . wandte sich Beschwerde führend an den Ober-Zinspektor Collas, von diesem Abhülfe verlangend. Der Ober-Zinspektor Collas ließ sich in ungeleglicher Weise auf diese Beschwerden nicht ein aus Opportunitäts-Rücksichten . . .“

5. „Es kann unmöglich dadurch ein Präjudiz geschaffen werden, daß der pp. Hermes nach Verlauf von mehreren Wochen so charakterlos geworden ist, die Hand dazu zu bieten, daß ein Protokoll fabrizirt wurde, welches von Anfang bis zu Ende Unwahrheit ist; von Wahrheit ist auch nicht die Spur darin enthalten.“ (Dieser Passus bezieht sich auf ein Protokoll, welches der Ober-Zoll-Inspektor Collas am 22. Juli 1869 über Erklärungen des Spediturs Hermes aufgenommen hat.)

6. „Ich erlaube mir, Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät auf diesen Uebelstand besonders aufmerksam zu machen, daß bei Beschwerden über Beamte dem Betreffenden die diesbezüglichen Berichte vorenthalten bleiben, wodurch die Beschwerden rein illusorisch werden; den Beamten ist die Möglichkeit gegeben, der Wahrheit zum Lohn zu berichten, der Betreffende wird es ja nicht gewahr; selbst wenn diese Unwahrheiten widerlegt werden, so bleiben diese Aramtlischen Berichte nach wie vor maßgebend bei den oberen Behörden, wie dies in meiner gegenwärtigen Angelegenheit der Fall ist.“

(Hiemit wird dem Ober-Zoll-Inspektor Collas und dem Ober-Revisions-Controleur Albrecht vorgeworfen, in der betreffenden Angelegenheit wissentlich wahrheitswidrige Berichte erstattet zu haben.)

7. „Nachdem der Herr Hermes sich hatte verleiten lassen, die unwahren Aussagen über mich zu Gunsten der Beamten zu unterschreiben . . .“ (Bezieht sich auf das bereits erwähnte, vom Ober-Zoll-Inspektor Collas am 22. Juli 1869 aufgenommene Protokoll.)

eine Spekulation seien, eine Spekulation auf die Dummheit der Massen. Der Roth aber helfen sie nicht im geringsten ab. Wenn dem so wäre, dann müßten sie gerade jetzt, wo die Roth in Berlin so groß ist, floriren. In den guten Zeiten entwerfen sie manchen Arbeiter, der recht „billig und schlecht“ in den Volkstaschen ist und den übrigen Lohn durch allerlei unnütze Ausgaben seinem Körper entzieht, oder den Körper gar durch übermäßigen Genuß geistiger Getränke entkräftet; in den schlechten Zeiten aber helfen sie Niemandem aus, weil sie dann bei der schlechten Kost, die sie verabreichen, noch zu theuer sind. Uebrigens sollen die Volkstaschen der Familie Morgenstern, diesem Urbilde des liberalen Philisthums, auf die Strümpfe geholfen haben.

— Unserem Parteigenossen Tölke ist von ultramontanen Blättern allen Grades der lächerliche Vorwurf gemacht worden, er wäre auch ein — Grüber. Tölke hat natürlich geantwortet, wie, erheben unsere Leser aus dem nachfolgenden Passus eines Schreibens, das Tölke an unser Parteiorgan, die „Duisburger Freie Zeitung“, gerichtet hat: „Geld regiert die Welt!“ Dieses alte Sprichwort hat sich niemals in höherem Grade als richtig bewährt, wie im letzten Jahrzehnt. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens findet der aufmerksame Beobachter seine praktische Anwendung; auf keinem andern Gebiete aber ist das Prinzip der Selbstherrschaft durch „Schwindel“, durch Geschäfts-Lügen, mehr vorherrschend, als gerade auf dem religiösen. Wie konnte es da den Bochumer Spitzhirschen des „schwarzen Consortiums“ gar auf eine Tendenzlage ankommen? Daß sie meinen Namen mit der Gründung der „Jede Rittersburg“ in Verbindung bringen, um die Sozialdemokratie zu verächtlichen, das entspricht genau ihrem Grundsatz, nach welchem „der Zweck die Mittel heiligt“. Ich will mir in diesem Falle ein Mal das Vergnügen machen, wenigstens die Bochumer Windbeutel näher kennen zu lernen. Zu diesem Zwecke habe ich den fraglichen Artikel der Staatsanwaltschaft zu Bochum eingesehen und behauptet, daß, wenn Aktien der „Jede Rittersburg“ existiren, auf welchen mein Name unterzeichnet ist, eine Urkundenfälschung vorliegt, daß aber, wenn solche Aktien nicht existiren, die Einseher des Artikels an die betreffenden Blätter, sowie die Redakteure der Letzteren sich einer öffentlichen verkommenen Verleumdung schuldig gemacht haben.“ — Wie der Staatsanwalt auf die Tölke'schen Anträge antwortet, ist gleichgültig; jedenfalls ist es den schwarzen Herren wieder einmal gelungen, sich gründlich zu blamiren.

— Nicht nach Frankreich auswandern! Man schreibt uns aus Paris: Frankreich, das Land der Republik und der Mac-Mahons, scheint von den deutschen Arbeitern als das Land, „wo Milch und Honig fließt“, betrachtet zu werden. Wir glauben, daß viel Glend abgewandt werden könnte, wenn auch die in Arbeiterkreisen zirkulirenden Blätter, wie dies bereits von einigen Bourgeois-Zeitungen geschehen ist, Licht über die wahre Lage der erwerblichen Verhältnisse in Frankreich, in Paris zu verbreiten sich bemühen möchten. Hier ist wie überall die geschäftliche Lage ungesund und klein, und so mancher Arbeiter, der mit vollen Taschen und großen Hoffnungen hier eingetroffen ist, um mit Theil zu nehmen an den Segnungen der Republik, ist mit leerem Beutel und verzweifelnem Herzen zurückgekehrt in ihr Land „der Gottesfurcht und frommen Sitte“, nachdem er wochen-, monatelang um Beschäftigung sich bemüht hat. Die deutsche und die österreichische Gesandtschaft werden förmlich umlagert von Landeskindern, welche enttäuscht Paris verlassen möchten und hierzu Reisegeld erbitten wollen. Sie werden auf die Warnungen verwiesen, die man in den Zeitungen veröffentlicht hat und welche durch die Schilderung der Arbeitsverhältnisse sie hätten abhalten müssen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der in Frankreich zu vertauschen. Jüngst glückte es einem der Bittsteller, des Gesandten Herz zu rühren, und er erhielt nun als Reisegeld in ganzer Summe 5 Francs (etwa 4 Mark). Als er beschied auf die Unmöglichkeit hinwies, mit diesem Kapitale die Kosten der Fahrt zu bestreiten, erhielt er die Antwort: „Reise zu Fuß! Deine Väter, Groß- und andere Ahnen führen auch nicht auf Eisenbahnen.“ — Möge es sich jeder deutsche Arbeiter, namentlich wenn ihm die französische Sprache fremd ist, reiflich überlegen, ehe er jetzt in Frankreich und namentlich hier in Paris sein Heil sucht.

— Die belgischen Sozialisten haben die Frage der Kinderarbeit ernstlich in die Hand genommen. Da es vor allen Dingen notwendig ist, eine statistische Unterlage zu er-

langen, und da der Staat sich aus guten Gründen dagegen sträubt, eine solche zu beschaffen, so müssen die Arbeiter sich selbst helfen. Wie der „Ami du peuple“ (Volksheld) von Lüttich mittheilt, werden an alle Gewerkschaften und sonstige Arbeitergesellschaften und Vereine Fragebogen zur Beantwortung geschickt, welche Folgendes enthalten: 1) In welchem Alter beginnen die Kinder, Mädchen oder Knaben, in euren Gewerken (in dieser oder jener Profession) zu arbeiten? 2) Ist die Zahl groß? 3) Wieviel Stunden arbeiten sie täglich? 4) Arbeiten sie in der Nacht? 5) Kommen häufig Verwundungen oder andere Unfälle vor? 6) Was ist der Gehalt der Kinder, und was ist der Lohn der erwachsenen Arbeiter? 7) Wie ist im Allgemeinen der Bildungsgrad der arbeitenden Kinder? 8) Besuchen sie eine Schule? 9) Welche Wirkungen übt die Beschäftigung auf ihre Gesundheit aus? 10) Haben die Kinder schlechte Behandlung zu erdulden? Eine vollständige Statistik wird allerdings auf diese Weise nicht erlangt werden — es bedarf dazu unbedingt der Staatsmaschinen —, aber immerhin wird sie wahrer sein, der Wirklichkeit mehr entsprechen, als eine vom Staat, z. B. dem preussisch-deutschen Reich, veranstaltete Arbeits- und Arbeiter-Enquête, bei der bloß Arbeitgeber oder von diesen beauftragte Arbeiter vernommen werden, und die darum notwendig ein falsches und gefälschtes Bild geben muß.

— Ueber den Stand der orientalischen Frage, die wir an anderer Stelle des Näheren besprochen, liegt keine neuere Nachricht von Belang vor. Die diplomatische Aktion Rußlands ist in Folge des energischen non possumus (wir können nicht!) der Pforte vollständig ins Stocken gerathen, und diese Pause wird von einigen frechen Reptilien dazu benutzt, den Fürsten Bismarck als erfolglos wirkenden Friedensengel hinzustellen. Da schreibt z. B. eins (in der „Magdeburger Zeitung“): „Wenn dereinst die diplomatischen Geheimnisse unserer Tage dem Auge der Profanen offenbart werden dürfen, wird die Welt mit Staunen und Dankbarkeit erkennen, was der Einsiedler von Barzin für die Erhaltung des Weltfriedens gethan hat und wie gerechtfertigt das unbedingte Vertrauen ist, mit welchem ihn die deutsche Nation unterstützt.“

Schamloser kann man nicht lügen und die Wahrheit umstülpen. Man vergleiche nur diese Tirade mit den in unserem heutigen Leitartikel mitgetheilten Thatfachen. Bleibt uns der Friede erhalten, so geschieht es trotz der Bismarck'schen Politik; und so verdanken wir die Abwehrung des Unheils einzig und allein der Furcht Rußlands vor dem nicht preussisch-russischen Europa.

— Fünfzigtausend Grubenarbeiter sind nach dem Chicagoer „Borbote“ während der letzten Wochen in den verschiedenen Kohlenbezirken Pennsylvaniens (Nordamerika) entlassen und den noch Beschäftigten ist der Lohn um 10 Prozent gekürzt worden. Dagegen ist es erfreulich zu hören, daß der Sozialismus auch in Nordamerika immer mehr an Boden gewinnt. Und so hätte denn auch die herrschende Krisis ihr Gutes zur Folge.

— Der Ruf zum bevorstehenden internationalen Arbeitercongress lautet:

Internationaler Arbeiterbund.  
Der Bundesausschuß an die verbündeten Arbeiter.

Genossen! Infolge verschiedener Mittheilungen, welche wir aus den Kreisen der internationalen Arbeitervereinigungen erhalten haben, zeigen wir Euch an, daß der allgemeine Congress unseres Bundes in Bern Donnerstag den 26. Oktober 1876 eröffnet wird. Tagesordnung: 1) Antrag Spaniens: a. Hinzufügung eines Artikels zu den General-Statuten, welcher eine Beitragzahlung (cotisation) bestimmt, die an den Bundesausschuß zu entrichten ist; b. betreffend die Gemeinlichkeit (Solidarität) der revolutionären Bewegung. 2) Vertrag, betreffend die Solidarität zwischen den verschiedenen sozialistischen Organisationen. 3) Anregung eines Sozialisten-Congresses für 1877. Belgischer Antrag. 4) Die gegenseitigen Beziehungen der einzelnen Personen und der Gruppen in der neuorganisirten Gesellschaft. — Sonntag, den 29. Oktober, findet eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Darlegung des sozialistischen Programms.

Wir sind so glücklich, Genossen, Euch mittheilen zu können, daß der Gedanke einer Beilegung der Zerwürfnisse, durch welche die verschiedenen Abtheilungen der revolutionären Sozialisten bisher getrennt worden, seit einiger Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht hat, und daß deutsche Sozialisten dem Congress beizuhören. Ob arme Leute, die durch Hunger gezwungen, ein Brod stehlen, auch Begünstigung erhalten, haben wir gleichfalls noch nicht erfahren.

— Zur Humanität der „Arbeitgeber“. Aus Gmünd berichtet die „Süddeutsche Volkszeitung“, daß der Banunternehmer A. sich im vergangenen Frühjahr einen Steinbruch erworben habe; er meinte schon beim Ankauf, die Steine sollten von selbst auf die Erde kommen und auf den Bauplatz marschiren; aber das ging eben nicht, denn Steine tragen keine Hufeisen und gehen demnach auch nicht auf Commando. In Folge dessen mußte er Arbeiter nehmen, diese wollten aber nicht umsonst arbeiten, sondern für ihre Arbeit auch etwas verdienen. Endlich wurde das Brechen nach längerem Handeln und so viel wie möglichem Abwachen in Accord gegeben und zwar sehr fleißigen und tüchtigen Arbeitern. Die Arbeit war nun so weit vorgegangen, daß Maurer und Steinhaue fortarbeiten konnten. Doch auf einmal war ihm der Accord zu theuer und es wurde den Arbeitern mit schönen Redensarten der Accord abgezwängt, diese gingen richtig auf den Keim und nahmen Tagelohn an. Es wurde ihnen täglich ein Thaler versprochen, so lange man arbeiten könne. Den ganzen Sommer plagten sich nun diese Menschen wie ein Stück Vieh, und als es Herbst wurde, suchte sich Herr A. billigere Hände und schickte die alten Arbeiter fort, nachdem sie ihm die Kaskanien aus dem Feuer, oder besser die Steine aus dem Beuch geholt hatten.

— Reptilienblödsinn. Durch die Presse läuft folgende geistreiche Notiz: „Mitten unter dem Kanonendonner von Boeth am 6. August 1870 wurde einem „Bauer“ in Reistamm an der Grenze ein Söhnlein geboren, dessen Taufpathe der hegerrische Kronprinz wurde. Als vor ein paar Tagen der Kaiser Wilhelm in Weihenburg einzog, da stand der Junge in Kaiseruniform am Wege, um seinen hohen Patzen zu begrüßen und neben ihm seine Eltern und viel Volk rings umher. Der Kronprinz stellte seinen kleinen Patzen dem Kaiser vor und dieser hob ihn zu sich heraus und drückte ihm einen Kuß auf die frische Wange. Der kaiserliche Kuß lief wie ein telegraphisches Depesche durch ganz Elsaß.“ — Ein „laufender“ Kuß ist allerdings etwas ganz neues und daß derselbe wie eine telegraphische Depesche „läuft“ ist noch interessanter. Daß übrigens die Hohenrollern mehr als andere Herrscherfamilien es verdienen, sich trotz der in Deutschland herrschenden Mißwirtschaft populär zu machen, ist eine alte Geschichte. Sie sollten nur dabei auch Sorge tragen, daß ihre Bemühungen nicht durch derlei offiziöse Schreiberlein zu Schanden würden. Der „laufende“ Kuß macht bei vielen Lesern der Reptiliennotiz den kaiserlichen Kuß einfach lächerlich.

wohnen werden. Wir ersuchen Euch, und im Voraus die Zahl der Abgeordneten mitzutheilen, welche Ihr zum Congress jeiden werdet, damit die Berner Sektion alle Maßregeln treffen kann, um den Abgeordneten während ihres Aufenthaltes bei uns alle Erleichterungen zu sichern. Um den Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten vorzubeugen, welche sich mehr als einmal bei Veröffentlichung der Congressberichte herausgestellt haben, schlägt das Jurassische Bundecomité vor, daß der Bericht des bevorstehenden Congresses sofort nach den Sitzungen veröffentlicht werde, und daß die Glieder des Bundes zu verpflichten sind, ihren Delegirten die Zahl der Exemplare anzugeben, welche sie nehmen sollen und sie mit der nöthigen Summe zur Zahlung der Druckkosten für dieselben zu versehen.

In der Hoffnung, liebe Genossen, daß Ihr mit uns Alles anbieten werdet, um dem bevorstehenden Congress eine Bedeutung zu verleihen, welche der allgemeinen Lage Europas entspricht, senden wir Euch unsern brüderlichen Gruß.  
Chaux-de-Fonds, 15. September 1876.

Im Auftrage und im Namen des Bundesvorstandes:  
Pindy, correspond. Schriftführer,  
Rue de la demoielle 3 Chaux-de-Fonds.

Mit Bezug auf den wichtigsten Punkt der Tagesordnung des Berner Congresses hat die Züricher Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in ihrer letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Die Sektion Zürich will alle weitergehenden prinzipiellen Fragen offen halten, sie will aber heute ganz bestimmt erklären, daß sie die Wiedervereinigung der Internationalen Arbeiterassoziation auf Grundlage der 1866er Statuten des I. Genfer Congresses lebhaft wünscht. Ist eine solche Vereinigung nicht möglich, so wünscht die Sektion Zürich ein möglichst friedliches Nebeneinandergehen und eine gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Sozialistengruppen.

Das Mandat des Delegirten Greulich ist im Uebrigen frei, die Urabstimmung wird über alle wichtigeren Congressbeschlüsse entscheiden.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die Jurassier eine Vereinigung auf Grundlage ihrer 1873er Statuten wollen, wir halten das nicht wohl für zulässig, die 1873er Statuten sind von den „Antiautoritären“ allein gemacht — die Genfer Statuten von 1866 aber wurden gemeinsam gemacht und unter ihrer Geltung war die Assoziation einig. Die Spaltung brach ja erst nach der Statutenrevision der Londoner Konferenz (1871) offen aus. — Deshalb können uns die ersten Genfer Statuten allein als ehrenvolle Grundlage einer Wiedervereinigung gelten.  
Zürich, 4. Oktober 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Namens und im Auftrage der Sektion Zürich  
der Internationalen Arbeiterassoziation:  
Der Vorstand.  
Hermann Greulich, G. Seipp, Jos. Rowotny,  
J. Schen, H. Rüdiger.

## Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, am 4. Oktober. Der Demonstrationen-Eifer der Briten in Bezug auf die orientalische Frage hat bis jetzt keine merkwürdige Erschlaffung gezeigt. Wenn irgend etwas geeignet war, den allerorts gen Himmel züngelnden Unwillen gegen die Regierung zu noch heftigerer Liebe anzufachen, so war es die die Bewegung so geringschätzende Haltung des Premiers, Lord Beaconsfield, welche in seiner Rede in Aylesburg (wohin er zum Jahresdiner der Bucks Agricultural Association geladen war) so unverhüllt zu Tage trat. Während Gladstone durch sein Liebäugeln mit der Bewegung der Held des Tages geworden ist und die Majorität der Bevölkerung auf seiner Seite hat, bemüht sich Lord Beaconsfield nicht im Geringsten, die erregte Stimmung zu besänftigen, sondern gießt Del in's Feuer, indem er die öffentliche Meinung in der sarkastischen und wegwerfendsten Weise von oben herab behandelt. Er macht den Stimmungsfabrikanten nicht nur keine Concessionen, sondern erklärt es rundheraus als eine Absurdität sonder gleichen, England zuzumuthen, daß es in selbstmörderischer Weise seine 20jährige Politik ändere und die Früchte derselben Andern in den Schooß werfen solle. „Die Gefahr eines solchen Augenblickes — sagt er — ist, daß politische Ränkeschmiede sich die erhobenen Gefühle der Massen zu Nuzze machen und sie zur Förderung ihrer verkehrten Zwecke benutzen können. . . . Derjenige, welcher in solcher Zeit sich der herrschenden Stimmung zur Erreichung seiner persönlichen Absichten zu bemächtigen trachtet und Wege vorschlägt, von denen er wissen mag, daß sie den Interessen seines Landes entgegen und der allgemeinen Wohlfahrt ungünstig sind, ist ein Mann, dessen Benehmen kein Ausdruck zu stark verdammen kann. Ein solches Vorgehen in diesem Augenblicke sollte von dem englischen Volke entschieden mißbilligt werden, denn in der allgemeinen Verwirrung und dem Ruin, welches es zur Folge haben kann, dürfte es gerechtfertigter Weise als schlechter bezeichnet werden, denn irgend eine der Grausamkeiten in Bulgarien, welche gegenwärtig so sehr die Aufmerksamkeit erregen.“

Ein sehr einführender Mann — sagt Lord Beaconsfield weiter — Herr Gladstone, habe eine Broschüre geschrieben (der Tag der Reue werde bald kommen), in welcher er die Türken als eine brutale Race bezeichnete, welche für unser Klima nicht geeignet sei und aus Europa vertrieben werden müsse. Zwei oder drei Tage später, nach reiflicher Erwägung — philanthropische Politiker schanden nämlich nie, bevor sie springen — habe er eingesehen, daß er einen Irrthum begangen und erklärt, er meine nicht die türkische Nation, sondern — die Minister. Diese letzteren aber seien, wie er (Lord Beaconsfield) glaube, sehr wahrscheinlich gar keine Türken. — Irrthümlich und irreführend wie die aufgestellten Ideen seien, erscheine es allerdings möglich, daß man durch eine Vertreibung der Türken aus Europa zu einer raschen Lösung der Frage gelangen könne. Allein die Verweisung einer Million Mohren und Juden aus Spanien vor ziemlich langer Zeit habe die spanische Nation so sehr erschüttert, daß sie sich bis jetzt noch nicht erholt habe und Europa heute noch an den Folgen jenes Versuches leide. — Wenn Herr Gladstone vorgeschlagen hätte, das Haus der Gemeinen, mit dem Sprecher an der Spitze, solle sich in Prozeßion nach dem Greenwischer Kirchhof begeben und dort vom Gipfel des Hügelk hundertfollern, er hätte keine lächerlichere Abgeschmacktheit verlangt.

Der gereizte und sarkastisch abtrumpfende Ton dieser Rede hat, wie gesagt, die liberalen Gemüther noch mehr erhitzt. Man hätte Abdanken, Nachgeben, oder doch wenigstens schmeichelehafte Phrasenconcessionen erwartet.

Am 27. September hatte Lord Derby abermals Gelegenheit, sich über die Haltung der Regierung zu äußern, als ihm durch eine Deputation, bestehend aus einflussreichen Bürgern, Parlamentsmitgliedern und Pfaffen (die hier nirgends fehlen dürfen,

8. Die ganzen bis dahin vorliegenden amtlichen Berichte erwiesen sich als ein elendes Nachwerk.

(Beleidigung des Ober-Joll-Inspetores Collas und des Ober-Revisions-Controleurs Albrecht, wie Nr. 6.)

9. Der vorliegende Fall ist ähnlich mit dem, wenn ein Beamter z. B. einem Gastwirth aus Rache die Conzession zum Gewerbebetrieb nähme, weil derselbe ihm keine Gefälligkeiten erzeigen will.

Der vorliegende Fall dürfte noch schlimmer sein, indem die verlangte Gefälligkeit zum Zwecke des Schwindels und des Betruges benutzt werden sollte.

10. Eure kaiserliche und königliche Majestät werden nicht dulden, daß wir Hannoveraner als Aischenbrödel behandelt werden, denn wenn Beamte es ungestraft wagen dürfen, Jemand die Existenz zu zertrümmern, obgleich derselbe nicht die geringste Ungesetzlichkeit begangen hat, sondern lediglich zum Zwecke des Schwindels und des Betruges, dann wären wir jetzt schlimmer daran.

11. . . . mir ist auf die frevelhafteste Weise eine lebenslänglich gesicherte Stellung zertrümmert.

12. Ich protestire ferner entschieden gegen die Annahme, daß dadurch ein Präjudiz geschaffen ist, weil der pp. Hermes seiner Zeit so charakterlos gewesen ist, aus Rücksichten auf sein Geschäft den Beamten zu Liebe ein unwahres Protokoll zu unterschreiben; dieser Schurkenstreich ist obendrein erst einige Wochen nach erfolgter That geschehen und kann ihm unmöglich rückwirkende Kraft beigemessen werden, der pp. Hermes hat sich lediglich der rohen Gewalt gefügt, als er mich meiner Stellung entthob.“

(Fortsetzung folgt.)

— Ein fideles Gefängniß. Sozialistische Zeitungredactoren und Agitatoren, welche so oft in Untersuchungshaft zu leiden haben, möchten wir einladen, so schreibt unser Glatzener Parteiorgan, nach dem Schönburg'schen zu kommen. In hiesiger Stadt erzählt man sich nämlich, daß Untersuchungsgefängnisse Abends zur Kneipezeit benutzbar werden. Doch wollen wir nicht gefagt haben, daß Sozialisten diese Vergünstigung auch erhalten, daß wissen wir nicht; oder wenn das bei Adonaten geschieht, die angefaßt sind, um Tausende betrogen zu haben, so wird man doch wohl Ehrenmännern noch mehr Freiheit ge-

wenn ein Ding die rechte Weiße haben soll), den Lord Mayor an der Spitze, die auf dem stürmischen City Meeting vom 18. September gefassten Resolutionen überbracht wurden. Lord Derby behandelte die Sache nicht in so wegworfender Weise, wie sein Chef, sondern ging ernstlich auf die Argumente der Opposition ein, indem er an die Vernunft der Nation appellirte. In Uebereinstimmung mit Lord Beaconsfield und Sir Stafford Northcote sagte übrigens auch er durch den Tulpenstengel, daß die Nation von der orientalischen Frage absolut nichts verstände. Die Redner auf den Indignations-Meetings hätten es leicht, mit Worten die Frage radikal zu lösen, allein etwas Anderes sei es, wenn man den Worten die That folgen lassen müsse, da könne man der übertreibungsreichen Gefühlspolitik keine Concessionen machen. — Dem in einer der Resolutionen ausgesprochenen Verlangen nach Einberufung einer außerordentlichen Herbstparlamentsession werde die Regierung kaum Folge geben können, da keine dringenden Vorträge zu erledigen seien. Die orientalische Frage aber könne man durch eine Gesetzsammlung nicht lösen.

In Bezug auf die Grausamkeiten in Bulgarien habe die Regierung bereits eine Depesche an den britischen Gesandten in Konstantinopel gerichtet, welche von der Pforte die exemplarische Bestrafung der verantwortlichen Personen und Genugthuung für die Verübten und Mißhandelten verlangt. Er vermehne es entschieden, daß die englische Regierung sich auf die Seite der Türkei und gegen die Christen gestellt habe. Wohl fähle sich die Regierung gezwungen, für die Territorial-Integrität des türkischen Reiches einzutreten, allein das sei eine ganz verschiedene Sache. Die Zustände in der Türkei in letzterer Zeit seien nicht zu verwundern. Ein wahnsinniger (oder blödsinniger) Souverän, hanfrotte Staatskassen, ein ausgezehnter zum großen Theil von außen unterstützter Bürgerkrieg, Minister und Beamte alle Augenblicke in der willkürlichsten Weise abgesetzt und in einen Zustand so vollständiger administrativer Anarchie seien Vorkommnisse wie die jüngsten, leicht zu erklären. Seine Hände in Unschuld waschen und die orientalische Frage ihrem Schicksale überlassen, wie unter Anderem Herr Lowe in Croyden befürwortete, könne England unmöglich. Bezüglich des zweiten Vorschlags (Gladstone) müsse er anfragen, warum man denn, wenn die Vertreibung der Türken eine gesunde Politik ist, eine geographische Linie ziehe und die 10 Millionen Christen die in Asien unter türkischer Herrschaft leben müssen, ignore. Und wer würde England in solcher Politik unterstützen? Selbst Rußland habe niemals so weitgehende Vorschläge gemacht, und es gäbe wenigstens eine Macht, die eher Krieg führen, als sich dem fügen würde (Oesterreich).

Dieser Punkt der Rede ist durch die Reserve, welche sich Lord Derby Rußland und Deutschland gegenüber auferlegt, der schwächste. Deutschland und Rußland würden gewiß nichts gegen die Vertreibung der Türken einzuwenden haben und Oesterreich käme in diesem Falle als „Macht“ nicht in Betracht.

Lord Derby kam dann auf die Rassenverschiedenheit in der Türkei zu sprechen. Es sei in England populär, anzunehmen, daß alle christlichen Rassen in der Türkei ein homogenes Ganze bilden, und sich sicher unter einander vertragen würden. Allein nichts sei unrichtiger, als das. Da seien Katholiken, Griechen, Slawonier und Mohamedaner, zwischen denen tiefe Eifersucht bestehe. Ein Bürgerkrieg unter diesen Rassen und Religionen würde noch ganz andere Massacres aufzuweisen haben, als die jetzt so viel besprochenen. Aus diesem Grunde betrachte er den Plan einer völligen Autonomie dieser Rassen, der Schöpfung einer neuen Gruppe tributärer Staaten als außerhalb der Betrachtung praktischer Politik liegend. Die einzige praktische Lösung der Frage scheine ihm in der Gewährung einer administrativen Autonomie nach Art der Verfassungen von Creta und Libanon an die in Frage stehenden Provinzen zu liegen. Was die kriegführenden Theile, Serbien und Montenegro anbelange, so könne man, da von seiner Seite ein entscheidender Sieg gewonnen sei, nichts Anderes für sie verlangen, als den Status quo. (Schluß folgt.)

Aus Adelaide, der Hauptstadt von Südastralien, schreiben uns Versinnungsgeoffen: Am 28. August v. J. kamen wir wohlbehalten in Melbourne an. Aber schon die ersten Nachrichten daselbst waren sehr betäubend. In Melbourne ist der Arbeitsmarkt stets überschwemmt, da alle Schiffe, die von Amerika oder Europa kommen, zuerst dort anlegen. Jeder bleibt gerne dort, die schöne Stadt gefällt ihm, und wenn endlich die Einsicht da ist, daß es besser wäre, wegzugehen, fehlen die Mittel dazu.

So ging es auch uns. Wir waren daselbst zwei Monate ohne Geschäft; endlich erhielten wir durch Vermittlung eines einflussreichen Deutschen Beschäftigung, aber zugleich wurde uns gesagt, daß diese nur eine kurze Zeit währen würde, wie es auch in der That der Fall war; nach 3 Monaten war die Arbeit fertig, nun konnten wir wieder gehen. Da wir sehr gut wußten, daß wir nun ebenso schwer auf neue Arbeit finden würden, wenn wir in Melbourne blieben, so reisten wir alsbald am 22. Januar hierher nach Adelaide. Hier kamen wir glücklicherweise zu einem geeigneten Zeitpunkt an, wir bekamen hier Arbeit auf der Eisenbahn, aber ebenfalls nur auf gute Recommendation.

Die Verhältnisse in Australien sind im ganzen nicht so glänzend, als man vielleicht glaubt, überall ist eher Ueberfluß, als Mangel an Arbeitern. Dadurch, daß so viele Emigranten noch immer auf Landes Unkosten hierher kommen, d. h. herbeifördert werden, wird der Arbeitsmarkt überfüllt, und der Lohn, der ohnedem nicht zu hoch ist, noch mehr herabgesetzt. In Neuseeland steht es in Folge der Masseneinwanderung noch schlimmer. Dieselbe hat erzielt, was sie erzielen mußte und sollte. Die Löhne sind jetzt so niedrig, daß die Leute an manchen Orten für bloße Kost und Wohnung arbeiten. Ebenso liest man auch, daß die reichen Squatter (Anwieser auf dem Lande) daselbst ihre ohnedies großen Heerden um so und so viele Hunderttausende von Schaaßen vermehrt haben. Ganz so weit ist es hier in Süd-Australien noch nicht, aber niedrig sind die Löhne auch schon genug, und sie fallen noch von Woche zu Woche, weil nahezu jede Woche eines oder gar mehrere Schiffe mit Emigranten hier ankommen. Mitin dürften neuseeländische Zustände auch hier nicht mehr lange ausbleiben. Die bezügliche Klasse sieht diese große Einwanderung freilich gern, und die hiesigen Zeitungen stellen die Verhältnisse im rosigsten Lichte dar. Nur die deutsche „Australische Zeitung“ sagt zuweilen die Wahrheit. Wenn Sie die bezüglichen Zeitungen lesen werden, werden Sie finden, wie faul hier Manches ist, z. B. der neue Tarif, wonach alle die nothwendigsten Lebensbedürfnisse unmäßig hoch besteuert sind, wie überhaupt alle Artikel, die der arme Mann braucht. Erbschafts- und Einkommensteuer, die also zuerst die Reichen beträfe, wurde wohl schon in etlichen Parlamentsessionen vorgeschlagen; die betreffenden Vorschläge sind aber, wie ich gesehen habe, stets zurückgewiesen worden. Diese Session sollen sie wieder auf's Tapet gebracht werden, jedoch aber wieder ohne Erfolg. Wie sie auch in der Nr. 30 der „Australischen Zeitung“

finden werden, wurde im Parlamente sogar der Antrag: Es solle Niemand ins Parlament gewählt werden, der nicht lesen und schreiben kann — abgelehnt, ja, sogar das Ministerium stimmte dagegen. — Ein Mäßigkeitsverein (Teatotaler) ist jetzt im Ministerium, darob große Freude unter seinen Gesinnungsgenossen. Das Parlament wird darum gegenwärtig bestürmt mit Gesuchen in dieser Richtung, da wird Verminderung der Wirthshäuser, höhere Steuer auf alle geistigen Getränke, gänzliche Schließung der Wirthshäuser an Sonntagen (jetzt konnten sie 4 Stunden jeden Sonntag offen halten) und noch manches Andere gefordert. An der Spitze dieser sonderbaren Mäßigkeitschwärmer stehen eine Menge Pfaffen, die ohne Zweifel auf eine bessere Kircheneinnahme rechnen, wenn Sonntags die Wirthshäuser ganz geschlossen werden. Diese Forderungen haben die Wahrscheinlichkeit der Annahme für sich, und die Pfaffen dürften auch ihre Rechnung dabei finden, denn so fromme Leute wie hier haben wir noch nirgends angetroffen. Wir hatten einen ganz anderen Begriff von englischen Arbeitern, so lange wir nicht selbst unter ihnen lebten. Ob es auch in England so ist, wissen wir nicht, aber will man hier Jemanden zum Feinde haben, so braucht man nur über Religion und Pfaffen geringschäßig zu sprechen. Wir hätten nicht geglaubt, daß Arbeiter noch so verfehen auf Religion sein könnten. Die hier erscheinenden Zeitungen sind stets halb voll von Berichten über gottesdienstliche Ceremonien und fromme Versammlungen; eine freisinnige Zeitung erscheint weder in Melbourne noch hier, ob in Sidney eine herausgegeben wird, weiß ich nicht, nur so viel ist gewiß, daß in Sidney, Melbourne und hier in Adelaide eine Masse Pfaffenzeitungen herausgegeben werden, die gierig genug gelesen werden. Im hiesigen deutschen Club liegen die „Hamburger Reform“, „Adnische Zeitung“, „Weber-Zeitung“, „Illustrirte Leipziger Zeitung“ und „Ueber Land und Meer“ auf. Den „Volkstaat“ fanden wir nicht. Wir hätten längst schon auf denselben abonniert, aber wir wußten nicht, wie lange wir es hier aushielten, und so unterblieb es. Sobald wir nur für eine gewisse Zeit sichere Arbeit haben, werden wir sofort wieder den „Volkstaat“ (Nunmehr dessen und des „Neuen Sozialdemokrat“ Nachfolger, den „Vorwärts“ R. d. B.) halten, so lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns leider diese uns so liebe Lektüre verlagern.

Für heute schließen wir in der Hoffnung, — Ihnen nächstes Mal mehr Erfreulicheres mittheilen zu können. —

**Hannover, 5. Oktober.** Daß die hiesigen Arbeiter nicht nur in politischer, sondern auch in gewerkschaftlicher Beziehung am Plage sind, hat eine am 2. Oktober abgehaltene, von den hiesigen vereinigten Gewerkschaften (Klempner, Metallarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher, Tapezierer und Holzarbeiter) einberufene Versammlung gezeigt. Als Referent war Herr Henke aus Bremen erschienen. Die Tagesordnung lautete: „Die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen Partei“. Der Referent besprach zunächst die soziale Frage, unterwarf die „Heiligkeit“ des Eigenthums einer scharfen Kritik und legte das Wesen der politischen Arbeiterbewegung klar. Auf die Gewerkschaften übergehend erklärte Redner, daß es eine Hauptaufgabe derselben sei, ihre Mitglieder zur Erkenntniß der Klassenlage zu bringen und den Geist der Gemeinamkeit zu pflegen, denn vernünftig könnten die Arbeiter eher dem harten Trude des ehernen ökonomischen Lohngesetzes widerstehen. Sodann spricht sich Redner noch über die Kranken- und Wanderunterstützungstafel aus, wodurch dem Arbeiter doch in manchen Fällen geholfen würde, auch seien in den Gewerkschaften die natürlichen Erhebungen nicht zu verzeihen. Der Redner schloß seinen Vortrag; indem er den Gewerkschaften ans Herz legte, für ein Central-Gewerkschaftsorgan einzutreten, da ein solches Blatt ein Bildungsmittel für die Arbeiter sei, unter dem allgemeinen Beifall der Versammelten. — Zum Vortrag sprachen die Herren Niemann I, Weber, Gahmeiner und Rudolph, und machte letzterer noch auf den „Vorwärts“ aufmerksam.

**H. Hartmann, Schriftführer.**  
**Leipzig, Der „liberale“ Uebri.** Am 30. September hielt der Vorstand des „deutschen Fortschrittsvereins“ für den 13. Wahlbezirk (Leipziger Landkreis) eine Konferenz behufs Aufstellung eines Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl. Auf Einladung war der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins im 13. Wahlbezirk, Herr Jermann, erschienen. Der auch Demokrat Dr. Göb von Lindenau, betonte, daß gegenüber dem Vorgehen der Sozialdemokraten und der sogenannten (?) Kreuzzeitungspartei ein einmüthiges Zusammengehen der liberalen Parteien geboten sei, welcher Ansicht Herr Jermann zustimmte. Von fortschrittlicher Seite wurden hierauf vier Candidaten: Herr Bärjens (soll wohl der vernationalliberale Excommuniert Bürgers sein?), Buchhändler Fintel, Rittergutsbesitzer Meinschenk und Bankdirektor Peudert in Vorschlag gebracht. Eine Commission soll sich über die Person und das Weitere einigen. Herrn Göb, dem die Liberalen bei den letzten Gemeindevahlen in seiner Residenz Lindenau eine so empfindliche Niederlage beigebracht haben, mag es etwas hart angekommen sein, mit den graujamten Siegern Hand in Hand zu gehen, indeß, was blieb übrig? Noth kennt kein Gebot, und nationalliberal und fortschrittlich schlägt sich, nationalliberal und fortschrittlich verträge sich. Wir werden dafür sorgen, daß die Trauben des 13. Wahlbezirks dem Herrn Dr. Göb sauer (oder, in seiner eigenen Sprache zu reden: „blut-essig-sauer“) werden, womit nicht gesagt sein soll, daß wir ihn für einen Fuchs halten. —

**Zur Beachtung für Ham, Horn und Umgegend.**

In der hiesigen Mitgliedschaft ist eine Zeitungscommission gewählt worden, und hat sich dieselbe folgendermaßen constituirt: Als Mitglieder derselben wurden gewählt der Colporteur H. Westphal, Wandsböcker Chaussee Nr. 247, Mutterpostage 23, der Tischler H. Zander, Fischerstraße, hinten Nr. 1, der Tischler C. Reich, Borstelmannsweg, Schreiß Wohnungen, der Maurer H. Reier, Hornerweg 100, und Unterzeichneter.

Parteigenossen! Wir haben die Nothwendigkeit erkannt, daß unser Centralorgan „Vorwärts“ in den Händen eines jeden Arbeiters zu finden sein muß; um Jedem das Abonnieren zu erleichtern, haben wir es so eingerichtet, daß auch wöchentlich und monatlich abonniert werden kann; wir werden Mühe und Opfer nicht scheuen, aber wir legen es auch hiermit jedem Einzelnen ans Herz, für die Verbreitung unseres „Vorwärts“ zu sorgen, Abonnenten zu sammeln und die Adressen derselben einem der Obengenannten mitzutheilen. That alle eure Pflicht und wir werden bald die Freude haben, mindestens 150 Exemplare zu treiben zu können.

Für die Commission:  
F. Koch, Hornerweg Nr. 113.

**Briefkasten**  
der Redaktion. R. G. Am Besten thun Sie — und dies ist auch der einzige Weg für einen ehrlichen Mann — wenn Sie sich mit dem Redden ohne Einmischung der Gerichte verständigen. der Expedition. C. Alke Kl. Gräbip: Der Kalender „Der arme Conrab“ für 1877 enthält die Messen und Märkte für das Land

und die Provinz, wofür er bestellt wird. — Trade in Braunschweig: Die Kalender nach Stuttgart sind am 6. d. Mts. abgegangen. — Wypstik in Breslau: „Der Vornwärts“ wird so geliefert, daß er am Tag seines Erscheinens von allen Postanstalten ausgehen werden kann und auch ausgehen werden muß. — Schumm in Frankfurt: Ihre Annonce ist nicht aufnehmbar, wenden Sie sich an den Vorstand. — B. Zimmerling in Berlin und J. Schäfer in Münsterberg: Ihre Remonstrationen haben wir dem hiesig. Postamt zur Recherche übergeben. Die ersten 4 Nummern können Sie nicht mehr erhalten, da dieselben vollständig vergriffen sind.

Zur Beachtung. Da fortgesetzt Einladungen zur Abhaltung von Volksversammlungen an mich ergehen, bin ich genöthigt zu erklären, daß ich innerhalb der nächsten 4 Wochen, außer den bereits zugegangenen, keine mehr abhalten kann. Ich habe, von der Parteileitung darum ersucht, die Abfassung einer Broschüre für die Reichstagswahl übernommen, die meine ganze freie Zeit in Anspruch nimmt.

Hiermit verbinde ich eine Bitte an alle mit der praktischen Agitation betraute Parteigenossen. Der erwähnten Broschüre soll wiederum ein Anhang, enthaltend Rathschläge und Winke für die Agitation beigegeben werden, und wäre es mir sehr erwünscht, wenn ich auf etwaige Lücken, welche die frühere Broschüre enthielt, aufmerksam gemacht würde. Bezügliche Mittheilungen wollte man mir innerhalb 8 Tagen zukommen lassen.

Leipzig, den 6. Oktober 1876. A. Bebel, Hauptmannstraße 76.

Für Tondern. Briefe in Parteiangelegenheiten sind zu richten an A. Drews. Adresse: C. Schröder, Westerstraße 185186.

Meine Adresse ist jetzt Göttingen, Jädenstr. 13. Ernst Siederer.

An meine Parteifreunde. Vom 1. Okt. d. J. ab habe ich meinen Wohnsitz in Hamburg gewonnen und wohne daselbst: St. Pauli 2. Gröhr. Nr. 7, 8. Etg. Otto Kapell.

**Quittung.** Stadtb. Paris Ab. 4,00. Klein hier Ab. 3,00. Behar hier Ab. 1,20. Kahl hier 0,80. St. Schweißn. Sch. 0,43. Pflur hier Ab. 0,60. Brimm. Kieja Ab. 2,40. Sch. 8,51. Schwarz. Reichshaus Ab. 1,80. Gefangs. Einidel Sch. 1,40. Arbeiterver. Gohlis Sch. 4,65. Berl. Ravensburg Ab. 16,50. Anst. Hall Sch. 6,40. Emr. Königberg Sch. 0,80. Thn. Wüller Sch. 3,20. Bahr. London Ab. 5,00. Jährmann Bremerbach Ab. 2,30. Sch. 15,65. R. Ludwigsburg Sch. 3,20. Bngt. Wien Ab. 13,54. Rn. hier Ab. 0,60. Klein hier Sch. 3,00. R. R. Greiz Sch. 1,50. 0,30 Porto hatten Sie verzeihen beizulegen. Ulrich hier Ab. 400,00. Kl. Kl. Gräbip Ab. 5,90. B. C. St. Johann Ab. 2,50. Ord. Stötterich Ab. 22,05. Turr hier Ab. 6,25. Bredm. Gotha Sch. 7,50. Ber. Ueterien Sch. 5,00. H. Frankfurt Sch. 25,60. Ab. 30,00. H. St. Stüttg. Ab. 7,20. Van hier Sch. 2,40. Bll. Wüstegiersdorf Sch. 5,33. Rdlr. Greiz Sch. 25,00. Mhlrn. Crimmitschau Sch. 70,00. Mlr. Glauchau Ab. 51,00. Sch. 3,00. Händn. Freudenthal Ab. 3,17. Fortbild.-Berein der Anstreicher Wien Ab. 1,19. Töpferverein Hamburg Ann. 3,00. C. Psh. Haunver Ab. 192,00. Schndsch. Braunsdörb. Ab. 1,20. Sch. 6,00. Trp. Reuditz Ab. 7,00. Schumm. Frankfurt Sch. 3,90.

**Anzeigen 2c.**

**Altona.** Sonnabend, den 14. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelmans's Salon:

**Volksversammlung.**

Tagesordnung: Vortrag des Herrn J. Wuer aus Hamburg. D. Reimer. [70]

**Bielefeld.** Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 15. Oktbr., c. Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokale bei Gastwirth Kahl: Außerordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: Berathung über die Wahl des Reichstags- Abgeordneten. Der Vorstand. [60]

**Hamburg-Altona-Ottensen.** Sonnabend, den 14. Oktbr., Abends 8 1/2 Uhr im Salon zum Roland, erste Jakobstr. 19. Halbjährige Generalversammlung des Nordmarcherbundes. Tagesordnung: Abrechnung, Wahl eines 1. und 2. Vorsitzenden und Bundesangelegenheiten. Sämmtliche Mitglieder müssen am Plage sein. D. Schwarz. [60]

**Leipzig.** Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Mangel, Kurzestraße. Tagesordnung: 1) Neuwahl des Bevollmächtigten. 2) Vortrag von Hrn. Vientig über Theilung der Arbeit. Zahlreiches Erscheinen nothwendig. [50]

**Leipzig.** Arbeiterbildungsverein. Sonnabend, den 14. Oktober, Abends 1/9 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Statutenänderung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. D. C. [60]

**Leipzig.** Sonntag, den 15. d. Mts., Abends 7 Uhr: Besprechung der Commission zur Begründung eines Bezirkslokals. Von nicht vertretenen Gewerkschaften kann keine Notiz genommen werden, und bitten wir, daß alle am Plage sind. D. B. [50]

**Ottensen.** Burmeisters Salon: Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Max Göhr aus Berlin. Die Parteigenossen ersuche ich für diese Versammlung zu agitiren. Die Enderher. [60]

**Stötterich.** Sozialistische Arbeiterpartei. Sonnabend, den 14. Oktober, Abends 1/9 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Löwen“: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1) Neuwahl der Agenten. 2) Die Gemeinderaths-Wahlen. 3) Unsere Organisation zur nächsten Reichstagswahl. Die Enderher. [60]

**Conferenz in Leisnig.**

Die Delegirten versammeln sich in der dortigen Bahnhofs-Restaurations. Beginn der Verhandlungen: Nachmittags 3 Uhr. J. A.: C. Behold.

**Volks-Kalender für 1877.**

12 1/2 Bogen, gr. 4. Schön illustirt. Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf., 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 gegen Baar oder Postvorschuß. Der Kalender dient dem Fortschritt in jeder Beziehung, bietet Knurrendes, Belehrendes und Unterhaltendes in reicher Fülle, enthält viele schöne Bilder und giebt allerehand nützliche Mittheilungen für's praktische Leben. Bestellungen erbittet (6a) W. Brack jr. [360] Verantwortlicher Redacteur: W. Hajentzever in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11 in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.